

Thema des Monats der hessischen IHKs

Dezember 2015

Hohe Energiekosten verursachen Abwanderung

Die Industrie in Deutschland hat in den vergangenen Jahren bereits eine überdurchschnittlich gute Performance in Sachen Effizienz-Steigerung geschafft. Besonders erfreulich ist, dass dabei auch die Unternehmen in Hessen sehr gut vorangekommen sind. Nach Berechnung der Hessen Agentur hat der Endenergieverbrauch von 2000 bis 2014 um 6,9 Prozent abgenommen. Bereinigt um die Effekte von Temperaturschwankungen ging der Endenergieeinsatz der hessischen Industrie sogar insgesamt um 10 Prozent jährlich zurück. Das bedeutet, mit einer gegebenen Menge an Energie konnte in Hessen im Zeitverlauf immer mehr Wirtschaftsleistung erzeugt werden.

Doch neben den positiven Entwicklungen, die sicher auch durch die gestiegenen Energiekosten bewirkt wurden, muss auch der motivationsbremsende Hase-Igel-Effekt berücksichtigt werden. Mit Blick auf eine Energiekostensenkung wurden Investitionen zur Reduzierung des Energieverbrauchs getätigt, die aber in hohem Maß durch die gestiegenen staatlichen Energieabgaben konterkariert wurden. Viele Betriebe haben ihre eigene Stromerzeugung durch erneuerbare Energien oder Kraft-Wärme-Kopplungen (KWK) auf dem Dach oder im Keller aufgerüstet, um dadurch große Mengen CO₂ einzusparen. Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Sommer 2014 hat die Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber massiv verschlechtert. Viele Pläne wandern daher wieder in die Schublade und der Klimaschutz bleibt auf der Strecke.

Eine IHK-Umfrage aus dem Sommer 2015 bestätigt dies. Mehr als 20 Prozent der Unternehmen gaben an, dass sie negative bzw. sehr negative Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit erwarten. Besonders kritisch ist hierbei die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland zu sehen. 1,4 Prozent der Unternehmen in Hessen haben wegen der hohen Energiekosten bereits Verlagerungsmaßnahmen realisiert, weitere zwei Prozent sind aktuell in der Umsetzungsphase und mehr als vier Prozent planen solche Veränderungen. Demnach wird sich die Abwanderung von Produktionsprozessen und damit auch Arbeitsplätzen noch beschleunigen.

Die Politik muss daher bei den Energiekosten gegensteuern und den Trend zur Produktionsverlagerung verhindern, indem Steuern und Abgaben auf Strompreise gesenkt werden müssen. Ein erster Schritt wäre eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß seitens des Bundes, da die damit angestrebte Erhöhung der Stromkosten schon lange erreicht wurde und die Effizienzsteigerungseffekte sich nachweislich auch eingestellt haben. Ein zweiter Schritt sollte ein Ende der Diskriminierung der Eigenerzeugung sein. Mit der in den letzten Zügen befindlichen Novelle des KWK-Gesetzes werden Klimaschutzpotentiale verschenkt, weil die Förderung der Eigenerzeugung weitestgehend eingestellt wird.